

Die Reform der Bundeswehr

Sachstand und friedenspolitische Forderungen

von Tobias Pflüger

Am 7. Juni 2010 wurde Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) offiziell vom Bundeskabinett der Auftrag erteilt, einen grundsätzlichen Umbau der Bundeswehr vorzunehmen. Vor allem die zahlenmäßige Größe, die Frage der Wehrpflicht und die der Einsatzfähigkeit im Ausland standen auf der Agenda. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wiekert, ließ daraufhin fünf Modelle einer zukünftigen Armee erstellen und prüfen und gab seine Empfehlung ab im „Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010“ (im Folgenden GI-Bericht genannt), veröffentlicht auf der Homepage der Bundeswehr am 31. August 2010.

Zuvor hatte zu Guttenberg am 23. August 2010 den parlamentarischen Vertretern der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP und am Nachmittag den

Medien und eine Woche später dem Verteidigungsausschuss des Bundestags die Empfehlung seines Generalinspektors einer zukünftigen Armee vorgelegt.

In diesem Bericht des Generalinspektors wurde festgelegt, eine „Schwerpunktverlagerung zu professionelleren Streitkräften“ gemäß dem „Trend zu kleineren, aber leistungsfähigeren, hochmobilen und hochtechnisierten Streitkräften“ (GI-Bericht, S.12), wie in anderen westlichen Staaten auszuplanen. Weiterhin wird in diesem Bericht der Anspruch erhoben, dass Deutschland eine „politische Führungsmacht in Europa“ (GI-Bericht, S.13) sein müsse.

Kernpunkte der Reform

Deshalb könne „die politische und militärische Zielsetzung für die Zukunft nur lauten: Eine im Umfang reduzierte Bundeswehr muss effizienter, schlagkräftiger, moderner und besser ausgerüstet sein als heute. Sie muss auch den Anspruch erheben, in ihrem Einsatzwert weiterhin zur Spitze in NATO und EU zu zählen.“ Und weiter: „Unsere Streitkräfte der Zukunft müssen über flexible und professionelle Strukturen verfügen, reaktions-schnell, gut ausgebildet und ausgerüstet sein und den politisch Verantwortung tragenden ein breites Fähigkeitsspektrum zur Verfügung stellen. Dieses reicht vom hochintensiven Gefecht über Stabilisierungsoperationen, Beobachtermissionen sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen bis hin zu humanitären Hilfeleistungen.“ (GI-Bericht, S.22).

Kernpunkt des Vorschlags ist die Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr innerhalb der nächsten sechs Jahre von derzeit 252.000 auf einen Mindestumfang von 163.500 Soldat/inn/en, der sich aus 156.000 Zeit- und Berufssoldat/inn/en sowie 7.500 freiwillig Wehrdienstleistenden (FWD) zusammensetzt. Bei diesem Modell würde die Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt werden.

Die FWDs könnten sich ab 2013 für zwölf bis höchstens 23 Monate bei der Bundeswehr verpflichten und dürfen im Gegensatz zu den Grundwehrdienstleistenden (GWDL) in Auslandseinsätze entsandt werden. Da die Musterung entfallen soll, wird ihre Rekrutierung über eine schriftliche Einladung und

eine gegebenenfalls anschließende, freiwillige Verpflichtung sichergestellt. Es soll auch geprüft werden, ob Frauen ebenfalls die Einstellung als FWD beantragen dürfen (vgl. GI-Bericht, S.56).

Nach den Diskussionen innerhalb von CDU und CSU sieht es nun so aus, dass sich der Gesamt-

umfang der Bundeswehr auf 180.000 bis 190.000 Soldat/inn/en einpendeln wird.

Ein längere Zeit favorisiertes Modell mit einem Gesamtumfang von 210.000 Soldat/inn/en unter Beibehaltung der Wehrpflicht ist nach der gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU und CSU am 26. September 2010 vom Tisch.

Formal fällt der Beschluss innerhalb von CDU und CSU erst Ende Oktober bzw. Mitte November 2010 auf Parteitagen. Dort wollen die Parteiführungen den Delegierten eine Aussetzung der Wehrpflicht vorschlagen.

Das Bundesverteidigungsministerium rechnet sich aus, mit dem vorgeschlagenen Modell für lang anhaltende Dauereinsätze wie auf dem Balkan oder in Afghanistan künftig mindestens 10.000 Soldat/inn/en und für zeitlich begrenzte Einsätze deutlich mehr als diese Zahl für den Auslandseinsatz zur Verfügung zu haben (vgl. GI-Bericht, S.39). Eine wesentliche Motivation für den Umbau der Bundeswehr war ja nach Ansicht zu Guttenbergs die zu geringe Anzahl an Soldat/inn/en für den Auslandseinsatz. Die gegenwärtige Struktur lässt kaum mehr als 7.000 Bundeswehrangehörige, die in den Einsatz geschickt werden können, zu. Für das empfohlene Modell spräche nach Angaben des Generalinspektors vor allem Folgendes: „In keinem anderen Modell ist der prozentuale Anteil der Soldatinnen und Soldaten, der für Auslandseinsätze grundsätzlich vorgesehen werden können, so groß wie in diesem Modell“ (S.39). Von den 163.500 sind 133.500 Soldat/inn/en für die Verwendung im Ausland vorgesehen (vgl. GI-Bericht, S.49). Das sind 81,7%. „Dieser qualitativ neue Ansatz erlaubt im Vergleich mit Partnern wie GB, FRA, ITA und ESP eine deutliche Herabsetzung des Streitkräfteumfangs der Bundeswehr, ohne sicherheitspolitische Einschränkungen und ohne bündnispolitisch an Gewicht zu verlieren“ (S.53), so der GI-Bericht zum vorgeschlagenen Modell.

Nicht nur die zahlenmäßige Stärke der Bundeswehr soll reduziert werden, sondern es wird eine völlig neue Personalstruktur angestrebt. Die Einstellungsdauer der Soldat/inn/en auf Zeit (SaZ) soll von gegenwärtig zwölf Jahren auf 20 und mehr Jahre angehoben werden (vgl. GI-Bericht, S.59). Die Anzahl der Mannschaften soll deutlich erhöht, hingegen soll die Anzahl der Offiziere verringert werden (vgl. GI-Bericht, S.32). Der Hintergrund hierfür ist, dass einerseits damit Infanteriekräfte für Aufstandsbekämpfung und Ausbildung von Militär und Polizei in Afghanistan gewonnen werden können, an denen es bislang gemangelt habe. Andererseits müssen die in den Ruhestand wechselnden Offiziere aus dem Verteidigungsetat versorgt werden. Diese Vorgabe soll künftig verringert werden und würde, so die Hoffnung, mehr Geld für neue Rüstungseinkäufe frei machen. Generell sollen „Möglichkeiten geschaffen werden, um Personal (...) bedarfs- und zeitgerecht einstellen und freigeben zu können“. (GI-Bericht, S.59).

Wie oben bereits erwähnt, wird die Wehrpflicht voraussichtlich zum 1. Juli 2011 ausgesetzt werden. Eine Abschaffung, also die Streichung der entsprechenden Passagen aus dem Grundgesetz, wird ausdrücklich von zu Guttenberg abgelehnt, da im Ministerium die Wehrpflicht als eine „Rückversicherung“ (GI-Bericht,

S.54) gesehen wird. Sie soll reaktiviert werden können, wenn dies der Bundesregierung wieder politisch opportun erscheint. Aus friedenspolitischer Sicht ist aber nicht die Aussetzung, sondern die Abschaffung der Wehrpflicht als staatlichem Zwangsdienst geboten. Zur ihrer einstweiligen Aussetzung führte nach dem GI-Bericht folgender Gesichtspunkt: „Die Zahl der Grundwehrdienstleistenden kann signifikant verringert werden. Ihr militärischer Einsatzbeitrag ist schon allein durch den seit vielen Jahren bestehenden parlamentarischen Konsens begrenzt, Grundwehrdienstleistende nicht für Auslandseinsätze heranzuziehen. Der Mehrwert der allgemeinen Wehrpflicht besteht (...) in ihrem Beitrag zur Nachwuchsgewinnung“ (GI-Bericht, S.18). Gerade die Rekrutierung verlief nicht mehr einträglich genug, denn es konnten zwar jährlich 7.000 bis 8.000 Grundwehrdienstleistende für eine Weiterverpflichtung als Soldaten auf Zeit gewonnen werden, dem steht aber gegenüber, dass annähernd 10.000 Berufs- und Zeitsoldat/inn/en für ihre Ausbildung benötigt werden (vgl. GI-Bericht, S.18).

Statt qualitativer Aufrüstung wie bei Guttenberg ist qualitative Abrüstung notwendig

Statt die Bundeswehr weiter zu einer Armee für den Auslandseinsatz und für den Krieg umzuwandeln, die Bundeswehr also kriegsführungsfähiger zu machen, ist es friedenspolitisch geboten, die Bundeswehr grundlegend abzurüsten. Notwendig ist eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Das heißt, es müssen zuerst die Teile der Bundeswehr abgerüstet werden, mit denen Krieg - wie z. B. in Afghanistan - geführt wird und geführt werden kann.

Daher ist eine schrittweise „qualitative Abrüstung“ der Bundeswehr, vor allem der kriegsführungsfähigsten Einheiten, zu fordern. Als allererster Schritt muss die Elitetruppe der Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), aufgelöst werden. Diese weitgehend am Parlament vorbei geführte Spezialtruppe ist an vorderster Linie auch an (geheimen) Kommandoeinsätzen, (völker-) rechtswidrigen Festnahmen und gezielten Tötungen Verdächtiger beteiligt.

Als nächstes müssen die weiteren Strukturen der Bundeswehr, mit denen Krieg geführt wird oder werden kann, abgebaut werden. Dazu gehören sämtliche Eingreifkräfte bzw. Einsatzkräfte sowie die Befehls- und Übungszentralen für die Militär- und Kriegseinsätze. Zu nennen sind hier z. B. das Einsatzführungskommando, die Division Spezielle Operationen (DSO), das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) sowie die Eingreifkräfte der 1. Panzerdivision, der Deutsch-Französischen Brigade, der Division Luftbewegliche Operationen sowie alle den Eingreifkräften zugeordneten Einheiten der jeweiligen Teilstreitkräfte. Bei der Marine sind dies z. B. die Kampfschwimmer und die „Spezialisierten Einsatzkräfte der Marine“ (SEK-M).

Das politische Ziel bezüglich der Bundeswehr muss sein, zum Grundgesetz zurückzukommen; zuerst zu einer reinen Verteidigungsarmee (Grundgesetz nach der Wiederbewaffnung 1956) und dann zu gar keiner Bundeswehr (Grundgesetz von 1949). Die Abrüstung der Bundeswehr soll schrittweise erfolgen, dabei sollen die kriegsführungsfähigsten Teile zuerst abgerüstet werden. Die Abrüstung ist zu begleiten durch Konversionsprogramme für die Soldat/inn/en und für die Liegenschaften der Bundeswehr. Ziel ist es, die Soldat/inn/en in sinnvolle zivile Berufe wieder einzugliedern.

Deutschland hat derzeit (laut Homepage des Bundesverteidigungsministeriums vom 22. September 2010) 7.315 Soldat/

inn/en auf drei Kontinenten in zwölf verschiedenen Einsätzen im Ausland stationiert. In der Reihenfolge der Anzahl der entsandten Soldat/inn/en handelt es sich um (1) den ISAF-Einsatz in Afghanistan und Usbekistan mit rund 4.765 Soldat/inn/en, (2) den KFOR-Einsatz im Kosovo mit 1.490 Soldat/inn/en, (3) die EU-geführte Operation „Atalanta“ in den Seegebieten um Somalia mit 330 Soldat/inn/en, (4) die UNIFIL-Operation im Libanon mit 300 Soldat/inn/en, (5) die NATO-Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeer mit 215 Soldat/inn/en, (5) den EUFOR-Einsatz in Bosnien und Herzegowina mit 125 Soldat/inn/en, (7) die Flüge des „Stratairmedevac“ von Deutschland aus mit 40 bereit gehaltenen Soldat/inn/en, (8) die UNMIS im Sudan mit 32 Soldat/inn/en, (9) die EUTM in Somalia mit zehn Soldat/inn/en, (10) die UNAMID im Sudan mit fünf Soldat/inn/en, (11) die EUSEC in der Demokratischen Republik Kongo mit drei Soldat/inn/en und (12) die UNAMA in Afghanistan mit einem Soldaten.

Friedenspolitisch ist die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr dringend vonnöten. Der Schwerpunkt der Kampagne gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr muss auf der Forderung nach einem sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan liegen. Dort ist die Bundeswehr an einem brutalen Krieg beteiligt, von dem die dortige Zivilbevölkerung direkt betroffen ist. Die bisher schlimmsten Kriegstötungen durch die Bundeswehr gab es durch das von Bundeswehroberst Georg Klein angeordnete Massaker nahe Kundus vom 4. September 2009, bei dem ungefähr 142 Menschen durch die von diesem Bundeswehroffizier angeordnete Bombardierung umgebracht wurden.

Die Bundeswehr hat in einigen Bundesländern (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz) Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien geschlossen, die der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen verschaffen sollen. Diese Kooperationsvereinbarungen sind auf allen Ebenen abzulehnen und müssen weiterhin kritisch begleitet werden. Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen!

Wenn der geplante Umbau der Bundeswehr realisiert, die Wehrpflicht ausgesetzt und an ihre Stelle der FWD treten wird, werden die Streitkräfte anders als bisher an ihren Nachwuchs kommen müssen. Vor allem der FWD soll von den vorerst angepeilten 7.500 Stellen bei erhoffter Etablierung, unterstützt von (im-) materiellen Zuwendungen, auf eine fünfstellige Anzahl anwachsen. Es ist mit einem noch intensiveren Werbeeinsatz der Bundeswehr an Schulen und in den Arbeitsagenturen zu rechnen. Die Zielgröße der jährlichen Rekrutierung sind 20.000 Soldat/inn/en. Von den zum Zeitpunkt einer Erhebung im Auslandseinsatz befindlichen 6.391 Soldat/inn/en stammten 3.143 Soldat/inn/en aus Ostdeutschland, das sind 49,2 %, obwohl die Ostdeutschen nur rund 20 % der Bevölkerung ausmachen. Bei den vier Generälen im Auslandseinsatz war kein Ostdeutscher dabei, bei den Stabsoffizieren nur 16,6 % und bei den Mannschaften waren 62,5 % (!) aus Ostdeutschland. Die Bundeswehr und die Bundesregierung nutzen die wirtschaftlich und sozial schlechtere Situation von Menschen aus, um sie für die Bundeswehr zu rekrutieren.

Die Bundeswehr wird immer mehr zu einer kriegsführenden Armee gemacht, das sorgt auch für eine Militarisation der bundesdeutschen Gesellschaft. Die schrittweise, qualitative Abrüstung (zuerst der kriegsführungsfähigsten Teile), die Beendigung der Auslandseinsätze, insbesondere in Afghanistan, und die Rekrutierungen und Werbemaßnahmen für die Bundeswehr, insbesondere an Schulen, muss gestoppt werden!